



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 27.09.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Fragestunde für Einwohnerinnen und
Einwohner**

Beratungsverlauf:

Aus der Bürgerschaft werden Anfragen zu den Themen „Barrierefreiheit beim Radschnellweg“ und zum „Sachstand Landeserstaufnahmestelle (LEA) Schanzacker“ gestellt.

Hinsichtlich des Radschnellwegs führt BM **Manni** aus, bei Neuplanungen werde auf Barrierefreiheit geachtet. Hinsichtlich des angesprochenen Radschnellwegs in der Friedrichstraße werde dies nochmals geprüft, ggf. nachgebessert.

Hinsichtlich dem Sachstand am Schanzacker, teilt OBM **Dr. Knecht** mit, der Stadt Ludwigsburg liege, wie vom Fragenden angesprochen, weder eine Bauanfrage noch ein Bebauungsplanentwurf vor. Es laufe weiterhin die offene Prüfung des Landes.

Beschluss:

- 1.) Den notwendigen Mehraufwendungen (siehe Anlage – u.a. Corona-Pandemie, Anschlussunterbringung Geflüchtete und Aufwendungen Komm.ONE) im Jahr 2022 wird zugestimmt, die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen der Gewerbesteuer.
- 2.) Ein Ermächtigungsübertrag 2022 im Bereich der Personalaufwendungen in Höhe von 3.500.000 EUR wird in den Ergebnishaushalt des Jahres 2023 übernommen.
- 3.) Der Jahresabschlussbericht 2022 (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 19.09.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Nach kurzer Aussprache lässt OBM Dr. Knecht über die Vorlage Nr. 223/23 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Ludwigsburg in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt, der Beteiligung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH an der Energiewende Ludwigsburg Verwaltungs- und Betriebs-GmbH als Gesellschafter mit 50% und an der Energiewende Region Ludwigsburg GmbH & Co.KG als Kommanditist mit 50% zuzustimmen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, an den Gesellschaftsverträgen redaktionelle Ergänzungen und Änderungen, die sich aufgrund gemeindefinanzrechtlicher, steuerrechtlicher oder gesellschaftsrechtlicher Vorschriften ergeben, vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beschluss:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 19.09.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Stadtrat **Müller** führt aus: „Zur Gründung der beiden "Energiewende Region Ludwigsburg"-Gesellschaften stellen sich uns, der „Die Linke“, einige Fragen: Was soll mit den 10 Mio. anfänglicher Kapitalausstattung finanziert werden? Geht es dabei nur um Fotovoltaik? Sollen nur die städtischen Dächer mit Fotovoltaik bestückt werden, bei denen der Strom nicht selbst genutzt werden kann? Wer soll mit Einsteigen in die Kommanditgesellschaft? Sind es nur andere Kommunen oder auch private Investoren?“

Insgesamt lässt sich feststellen: Es wird hier kürzester Zeit eine weitere Gesellschaft gegründet, die die Struktur der städtischen Anlagen und auch Verpflichtungen unübersichtlich machen. So hatte wir vor den Sommerferien die Gründung der Naturvision-Gesellschaft beschlossen. Das vorgesehene Konstrukt mit dem Einstieg von Privat-Investoren ist ein Armutszeugnis für die Politik.

Die Stadtwerke sollten mit eigenem Geld die Anlagen erstellen und betreiben und so den Gewinn aus den Anlagen für sich erbringen. Ich kann mir denken was dann kommt: Die Stadtwerke haben nicht das notwendige Geld. Dann sollte das Grundkapital der Stadtwerke durch die Stadt bzw. Städte, weil wir Kornwestheim dabei haben, erhöht werden, um dies zu finanzieren. Bei der SSB in Stuttgart war dies möglich. Ach so, jetzt kommt das Argument, dass die Stadt das Geld auch nicht habe, weil sie so wenig Steuern einnehme. Es war nicht die Linke, die für Steuersenkungen gestimmt hat. Eher haben wir uns für höhere Gewerbesteuersätze ausgesprochen. Zunächst werden dem Staat und in diesem Fall der Kommune das notwendige Geld vorenthalten, in dem die Steuer nicht auf das Niveau gebracht wird, dass die Kommune das Geld selbst aufbringen kann.

Aus der Not des fehlenden Geldes bei der Kommune wird daraus ein renditierliche, sichere Anlage-Objekt gemacht. So wird weiter Geld von unten - der großen Zahl der Kunden der Stadtwerke - nach oben geschaufelt, für die, die das notwendige Kapital aufbringen. Aus diesen Gründen werde ich, Die Linke, der Gründung der beiden "Energiewende Region Ludwigsburg"-Gesellschaften nicht zu stimmen."

BMin **Schwarz** führt aus, mit der neuen Infrastrukturgesellschaft habe man einen guten Weg gefunden, um bei der Klimawende im Bereich Energie voranzukommen. Außerdem biete das Modell für die Bürgerschaft den Benefit, sich zu beteiligen. Es basiere auf Freiwilligkeit. Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen ergänzt, es handle sich nicht nur um die Ludwigsburger Dächer, sondern es gehe um den gesamten Landkreis. Es sei zunächst der Einstieg mit Photovoltaik, es gäbe später auch die Möglichkeit mit anderen Sparten auszuweiten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen , lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 190/23 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg ~~reduziert ihren jährlichen Gesellschafterzuschuss an die Film- und Medienfestival gGmbH auf 100.000 EUR unter der Voraussetzung, dass der jährliche Zuschuss der Film- und Medienfestival gGmbH an NaturVision in Höhe von 60.000 EUR dauerhaft nicht reduziert wird.~~ *erklärt bis 31.12.2023 mit Wirkung zum 31.12.2024 ihren Austritt aus der Film- und Medienfestival gGmbH (FMF gGmbH). Die Stadt Ludwigsburg zahlt für 2024 den nicht erhöhten Gesellschafterbeitrag, zu dem sie vertraglich verpflichtet ist, also EUR 174.660, -. Von diesem Betrag bezuschusst die FMF gGmbH wie vereinbart auch im Jahr 2024 mit EUR 60.000 das Naturvision Filmfestival.*
2. ~~Für den Fall, dass die Mehrheit der anderen Gesellschafter der Film- und Medienfestival gGmbH der Umsetzung des Beschlusses in Ziff. 1 nicht zustimmen, beendet die Stadt Ludwigsburg ihre Beteiligung an der Film- und Medienfestival gGmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt.~~
2. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Film- und Medienfestival gGmbH wird ermächtigt, den ~~Beschlüssen zur Umsetzung der Ziff. 1 oder 2 zuzustimmen.~~ *Austritt zu erklären.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung und die dort einstimmig gefasste, abweichende Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 19.09.2023.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert er den Sachverhalt und beantwortet Rückfragen des Gremiums. Er weist darauf hin, dass die Präsentation nur den verkürzten geänderten Beschlussvorschlag des Wirtschaftsausschusses wiedergebe.

Stadtrat **Prof. Vierling** signalisiert Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag. Die Raumwelten, die einst mit der Lichtwolke und Publikumsprogramm gut in Ludwigsburg vertreten waren, finden nicht mehr statt. Zunehmend habe das NaturVision Festival in Ludwigsburg Beachtung erfahren. Das internationale Trickfilmfestival hingegen, konzentrierte sich immer mehr nach Stuttgart. Es sei daher logisch, dass Ludwigsburg sich mehr auf das NaturVision Filmfestival fokussiere. Ein Verbleib in der Film- und Medienfestival gGmbH sei daher nicht nötig. Das heiße aber nicht, dass Ludwigsburg sich vom Trickfilm abwenden würde. Mit dem Animationsinstitut der Filmakademie spiele Ludwigsburg in der internationalen Trickfilmszenerie weiter ganz vorne mit.

Über viele Jahre sei die Film- und Medienfestival gGmbH (FMF) eine gute Einrichtung gewesen. Die Gewichtung habe sich verschoben und dem müsse man nun Rechnung tragen. Die Fokussierung auf das NaturVision Festival sei gut, sollte aber nicht zur Folge haben, dass man nicht auch noch weitere Ideen entwickle, betonte Stadtrat **Meyer**. Er regt an, über neue Preise nachzudenken, die ausgelobt und möglicherweise über Stiftungen finanziert werden könnten. Schließlich habe man den Wirtschaftsfilmpreis und den Designpreis verloren. Dabei sollte der Film- und Medienstandort Ludwigsburg mit der Filmakademie Baden-Württemberg, und den Akademie für Darstellende Kunst auch überregional wieder mehr als solcher wahrgenommen werden.

Seine Fraktion habe schon vor Wochen signalisiert, dass man keine Beteiligung mehr an der Film- und Medienfestival gGmbH (FMF) wolle, teilt Stadtrat **Weiss** mit. Dem nun vorliegenden, geänderten Beschlussvorschlag stimme man daher zu. Für die Zukunft sehe man keine Vorteile mehr an einer solchen Beteiligung. Klar sei, dass die eingesparten Mittel nicht automatisch in Transferleistungen fließen. Dies entscheide sich erst in der Haushaltsdebatte.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** teilt mit, es sei richtig, heute öffentlich zu diskutieren, nachdem das Thema schon einige Male nichtöffentlich angesprochen wurde. Mit dem heute zu fassenden Beschluss trennen man sich von Kür-Aufgaben, bei welchen man keinen richtigen Mehrwert mehr sehe.

Es sei schade, dass sich die Film- und Medienfestival gGmbH (FMF) von Ludwigsburg wegentwickelt habe, führt Stadtrat **Haag** aus. Seine Fraktion stimme dem Austritt zu.

Er könne zustimmen, teilt Stadtrat **Müller** mit. Die Angebote in Ludwigsburg seien weniger geworden und haben nur noch wenig in die Stadtgesellschaft gewirkt.

Alles habe seine Zeit, führt Stadträtin **Kainz** aus. Das NaturVision Festival sei weiterhin wichtig für Ludwigsburg und habe seinen festen Platz. Alle weiteren Investitionen seien in Zeiten, in denen man sich auf die Pflichtaufgabe konzentrieren müsse, gegenüber der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über die abweichende Beschlussempfehlung abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Die aktuelle Förderrichtlinie wird durch die Förderrichtlinie in Anlage 1 ersetzt und tritt zum 01.10.2023 in Kraft.

Die neuen Förderrichtlinien werden dahingehend abgeändert, dass die Kürzung der Förderung von Steckersolargeräten von 300 Euro auf 200 Euro zurückgenommen wird und bei 300 Euro bestehen bleibt.

Zudem wird eine redaktionelle Änderung vorgenommen: Die Förderung der Dämmung mit natürlichen Dämmstoffen wird in den Richtlinien vor der Förderung der Dämmung mit konventionellen Dämmstoffen genannt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 20.09.2023 und die dort einstimmig gefasste abweichende Beschlussempfehlung.

BMin **Schwarz** erläutert den Sachverhalt.

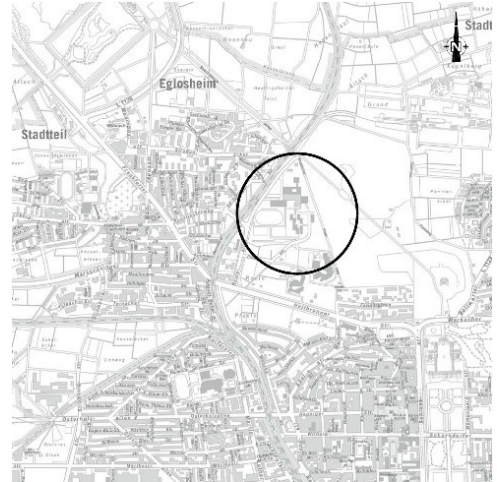
Nach kurzer Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die abweichende Beschlussempfehlung des Bauausschusses Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen.
Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.

- II. Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan „Hochschulcampus“ Nr. 030/11 vom 15.06.2023 entsprechend der Anlagen 1 – 3 als Satzung beschlossen.

- III. Gemäß § 74 LBO wird die Satzung über örtliche Bauvorschriften „Hochschulcampus“ Nr. 030/11 vom 15.06.2023 entsprechend der Anlagen 1 – 3 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 20.09.2023 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Er begrüße, dass die Hochschule erweitert wird, teilt Stadtrat **Link** mit. Allerdings sei die Parkproblematik weiterhin nicht gelöst. Das Mobilitätskonzept stimme nicht. Nach seiner Berechnung fehlen in Eglosheim und im näheren Umkreis der Pädagogischen Hochschule rd. 1.400 – 1.600 Stellplätze. Seine Fraktion stimme nicht zu.

Es gebe eine Parkraumbewirtschaftung. Die derzeit abgestellten LKW in der Reuteallee werden daher verschwinden, führt Stadträtin **Dr. Knoß** aus. Eine Studentenmehrung sei nicht geplant. Es sei aus ihrer Sicht unverständlich, wenn man heute gegen den Bebauungsplan stimme.

Stadtrat **Juranek** teilt mit, der Bebauungsplan sei notwendig und sinnvoll und sichere den Hochschulstandort. Es gebe einen sehr guten ÖPNV und durch das Parkraumkonzept werde Eglosheim vom Verkehr entlastet. Das Parkraumkonzept werde evaluiert und ggf. müsse das Land aufgrund des städtebaulichen Vertrags nachträglich Parkplätze bauen.

Der angesprochene städtebauliche Vertrag mache es ihm möglich, heute zuzustimmen, teilt Stadtrat **Remmele** mit, der dem Bebauungsplan anfangs kritisch gegenüberstand. Man müsse weiter vorankommen.

Man sei mit über 10.000 Studenten Hochschulstadt, führt Stadtrat **Eisele** aus. Der Bebauungsplan sichere den Hochschulstandort. Der städtebauliche Vertrag sichere, dass Parkplätze vom Land hergestellt werden müssen, wenn es nicht funktioniert.

Aus Sicht von Stadtrat **Braumann** sehe die Realität anders aus. Man habe keine gute ÖPNV-Anbindung, die S-Bahn werde weiter ausgedünnt. Ob das Land in Zukunft Geld für eine Parkhaus zur Verfügung habe, wisse man nicht. Der Bebauungsplan sei gut, das Mobilitätskonzept als Teil des Bebauungsplans sei schlecht.

Stadträtin **Kainz** teilt mit, LUBU und BUND sagen nein zu diesem Bebauungsplan. Der Gebäudeabriss könne stattfinden, aber der Neubau müsse dort erfolgen, wo bisher bereits Gebäude waren. Sie befürchte eine Verinselung des Favoriteparks und Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel, der eine Schädigung des Baumbestandes zur Folge haben könnte. Es gäbe mit Büroleerstände in der Stadt Standortalternativen. Das Mobilitätskonzept sei gelungen, dennoch werde Sie den Bebauungsplan insgesamt ablehnen.

Im Anschluss erläutert BMin **Schwarz** nochmals das Mobilitätskonzept. Daraufhin lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 151/23 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der vorgestellten Planung für die Radschnellverbindung RS 8 für den Abschnitt Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum wird zugestimmt.
2. Die Kosten in Höhe von 2,22 Millionen Euro (brutto) werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans 2024ff. genehmigt. Es wird von einer Förderung in Höhe von 1,93 Millionen Euro (brutto) ausgegangen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Ausschreibung und Vergabe der Arbeiten vorzunehmen, sofern die Gesamtkosten sich gegenüber der Kostenschätzung um nicht mehr als 15% erhöhen.
Bei Kostenüberschreitungen von mehr als 340.000 Euro wird das Gremium informiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 21.09.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 228/23 Beschluss fassen.

Beschluss:

Aufgrund des festgestellten Bedarfs an zusätzlich erforderlichen Maßnahmen werden die verfügbaren Baukosten des Baubeschlusses vom 07.04.2022 von 1.505.350 € auf 2.960.000 € erhöht. Analog zu der Erhöhung der Baukosten wird das verfügbare Honorar des Ingenieurbüros iat Ingenieurberatung GmbH, Friolzheimer Straße 3A, 70499 Stuttgart von 67.000 € auf 130.000 € angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 21.09.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 235/23 Beschluss fassen.

Beschluss:**1. Baubeschluss**

Dem Neubau einer Anlage zur gezielten Spurenstoffelimination am Standort der Kläranlage Eglosheim wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten der vorgesehenen Maßnahmen belaufen sich auf Grundlage der Kostenberechnung der iat-Ingenieurberatung GmbH inkl. der Baunebenkosten auf 5.185.000,-- € einschließlich Mehrwertsteuer.

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

2. Beschluss Honorarerhöhung und weiteres Vorgehen bei den Ingenieurleistungen

Aufgrund höherer Baukosten nach der inzwischen vorliegenden Kostenberechnung erhöht sich das verfügte Honorar des Ingenieurbüros iat Ingenieurberatung GmbH, Frielzheimer Straße 3A, 70499 Stuttgart von 125.000 € auf 190.000 € für die Leistungsphasen 4 - 7. Die Leistungsphasen 8 und 9 werden aufgehoben und müssen anschließend europaweit ausgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 21.09.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 236/23 Beschluss fassen.

Beschluss:

Herr Olaf Dienelt wird als hauptamtlicher Vorsitzender des Gutachterausschusses Ludwigsburg und Umgebung zur Ermittlung von Grundstückswerten und sonstigen Wertermittlungen im Sinne von §§ 192 bis 199 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 1 und 2 Gutachterausschussverordnung (GuAVO) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Herrmann
- Stadtrat Klotz
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 19.09.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 245/23 Beschluss fassen.